

„Roter Farbtupfer in der grauen Parlamentslandschaft“

Herrenberg: Linke-Vorsitzender Bernd Riexinger spricht über Griechenland, Flüchtlinge und soziale Gerechtigkeit

Bernd Riexinger, Vorsitzender der Linken und Spitzenkandidat der Partei bei der Wahl des baden-württembergischen Landtags 2016, und der Bundestagsabgeordnete Richard Pitterle, diskutierten mit Interessierten im Botenfischer über aktuelle politische Themen und den Wahlkampf.

VON ANKE KUMBIER

Gleich zu Beginn der Veranstaltung sorgt Pitterle mit einem Scherz für gute Stimmung: „Der einzige Grund, weshalb wir jetzt in den Landtag einziehen wollen ist der, dass wir es vor der bayrischen Linken schaffen.“ Dass es doch noch weitere Gründe für den gewünschten Einzug gibt, stellt Bernd Riexinger dar. Zu Beginn wirft er einen Blick auf die weltpolitische Lage und die Haltung der Linken zu aktuellen Geschehnissen. Die türkischen Angriffe auf Kurden verurteilt er heftig und fordert den Abzug der deutschen Flugabwehrraketen von der türkisch-syrischen Grenze.

Griechenland ist ebenso ein Thema, das ihm am Herzen liegt. „Der Schulden-schnitt wird kommen, die Frage ist nur wann und von wem er bezahlt wird.“ Im Übrigen beurteilt er das Verhalten Tsipras' als folgerichtig, denn ein ungeordneter Grexit hätte für das Land katastrophale Folgen haben können.

Von Flüchtlingen nicht überfordert

Auch die Flüchtlingsfrage möchte Riexinger dringend beantworten. Die Diskussion um die Balkanländer als sichere Aufnahmeland empfindet er als Aushebeln des Grundrechts auf Asyl. „Zumal Baden-Württemberg mit 50 000 Flüchtlingen nicht überfordert sein sollte.“

Auf Bundes- und Landesebene sieht der Spitzenkandidat vor allem bei prekären Arbeitsverhältnissen Handlungsbedarf.



Der Bundesvorsitzende im Gespräch: Bernd Riexinger beim Gespräch im Botenfischer

GB-Foto: Bäuerle

„Menschen müssen die Möglichkeit haben, ihre Zukunft zu planen“, meint er. Leiharbeit bezeichnet Riexinger als moderne Sklaverei. Um gegen solche Verhältnisse anzugehen, habe die Linke die Kampagne „Das muss drin sein“ ins Leben gerufen. Unter fünf Oberpunkten sind die Hauptanliegen zusammengefasst: Befristung und Leiharbeit stoppen, existenzsichernde Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV, Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst, Wohnung und

Energie bezahlbar machen sowie mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit.

Gerade beim Thema Mietpreisbremse und bezahlbarer Wohnraum erntet er die Zustimmung des Publikums. „Es ist an der Zeit, dass die Linke in den Landtag einzieht, denn es hat sich gezeigt, dass sie darin fehlt“, betont Riexinger. Ministerpräsident Winfried Kretschmann vernachlässige soziale Themen und konzentriere sich zu sehr auf die Wirtschaft. Der Spitzen-

kandidat kritisiert die Ideen von Finanzminister Dr. Nils Schmid in Bezug auf die Erbschaftssteuer. „Ganz dringend brauchen wir eine Vermögensteuer“, fährt er fort. Eine Vermögensteuer von fünf Prozent würde dem Land Baden-Württemberg sieben Milliarden mehr an Steuergeldern einbringen. Gelder, die für die Infrastruktur und vor allem auch für Bildungsreformen benötigt würden.

Riexinger setzt sich für das Modell der Gemeinschaftsschulen bis zur zehnten

Klasse ein, mit der Möglichkeit eines gymnasialen Aufbaus. „Für den Schritt zu mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie müssten im Landtag viel konkretere Konzepte ausgearbeitet werden“, fordert er. Für all diese Themen wolle sich die „Linke“ einsetzen und als Sprachrohr für soziale Gerechtigkeit, Ökologie und Demokratie dienen. „Wir benötigen einen roten Farbtupfer in der grauen Parlamentslandschaft.“

Griechen sollen entscheiden

In der anschließenden Diskussion kommen die Anwesenden immer wieder auf das Thema Griechenland zurück, bis schließlich Riexinger mit dem Kommentar: „Im Endeffekt müssen wir die Entscheidung über das weitere Vorgehen sowieso den Griechen überlassen“, die beinahe hitzige Debatte eindämmt. Dennoch macht er deutlich, dass sich die Linke für mehr Integration in Europa einsetze. „Wir müssen ein gemeinsames Europa über Angleichung der Sozialstrukturen bauen.“

Doch auch andere Anliegen, wie das Freihandelsabkommen TTIP kommen auf den Tisch. Der Linke-Politiker verweist auf eine geplante Großdemonstration in Berlin im Oktober gegen das Freihandelsabkommen, denn TTIP sei der Versuch, Konzerninteressen in Gesetze zu gießen.

Auch die Frage nach der Inklusion von Menschen mit Behinderung taucht auf. „Inklusion hat bei uns einen hohen Stellenwert“, erklärt er. Ein wichtiges Anliegen sei die Barrierefreiheit, ein anderes die inklusive Bildungspolitik. Ein Besucher verweist auf das „werb wirksame“ C im Namen der CDU und dass doch eigentlich die Politik der Linken viel eher christliche Werte verkörpere.

Er fragt an, inwiefern die Linke gerade im ländlichen Raum den Kontakt zu kirchlichen Einrichtungen suche. „Wir führen viele Gespräche mit Vertretern der Kirchen“, antwortet Riexinger. Mit Industriepfarrern seien sie beispielsweise im Kontakt und es gebe eine AG Christen bei der Linken.